Die Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen

WALTER SCHEEL
Bundesminister des Auswärtigen

Bundesminister Walter Scheel hielt nachstehendes Referat vor der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen am 30. Mai in München. Der Minister stellte sich anschließend noch zu einer längeren und lebhaften Diskussion zur Verfügung. Die besondere Bedeutung der Rede liegt darin, daß hiermit erstmals und einmalig die politische Auffassung der Bundesregierung zum Komplex ›Die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied‹ im Hinblick auf die bevorstehende Aufnahme ausführlich dargelegt wird.

I

Meine Damen und Herren! Sie haben mir die ehrenvolle Einladung zukommen lassen, über die Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen zu sprechen. Sie werden kaum erwarten, daß ich den Beitritt unseres Landes zu den Vereinten Nationen ausgerechnet vor Ihnen rechtfertigen will. Es wäre dies etwa, als wenn ich als Solinger Kind die Münchner vom Nutzen des Gerstensaftes überzeugen wollte oder die Bayern von den Segnungen des Föderalismus. Immerhin haben wir vor zwei Wochen im Bundestag viel Mühe aufgewandt, um die Zögerer und Zweifler davon zu überzeugen, daß es für einen Beitritt der Bundesrepublik Deutschland nicht zu früh ist, auch wenn dadurch der andere deutsche Staat ebenfalls Mitglied der Vereinten Nationen wird. Vor fünf Tagen hat der Bundesrat dem Gesetz zum Beitritt unseres Landes zur Charta der Vereinten Nationen seine Zustimmung gegeben. Mag es auch noch eine gewisse Verzögerung geben, die wir noch nicht ganz abschätzen können, so werden Sie es auch nicht für voreilig halten, wenn wir unsere Gedanken auf die Zukunft, auf unsere Rolle als Vollmitglied in der Weltorganisation richten.

Uns Deutschen war es nicht vergönnt, in den weltweiten politischen Zusammenschlüssen der Völkergemeinschaft von Anfang an eine normale Rolle zu spielen. Der Völkerbund wie die Vereinten Nationen wurden bekanntlich von den großen Bündnissen ins Leben gerufen, die 1918 gegen das kaiserliche Deutschland und 1945 gegen die Achsenmächte in Waffen standen. Die Satzung des Völkerbundes bildete zwar Teil I des Versailler Vertrages, aber es wäre verfehlt, daraus – was naheliegen würde – auf die Mitgliedschaft aller Unterzeichner zu schließen. Der Beitritt des Reiches zum Völkerbund erfolgte erst am 8. September 1926 durch einstimmigen Entscheid der Mitglieder und unter Zuerkennung eines ständigen Ratsitzes. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund war einer der glanzvollsten Höhepunkte von Stresemanns Politik der Verständigung. Wenn es aber von der Gründung des Völkerbundes bis zum deutschen Beitritt acht Jahre gedauert hat, so waren es von der Gründung der UNO bis heute achtundzwanzig.

Dieser lange Zeitraum des deutschen Ausgeschlossenseins war eines der unübersehbaren Symptome des tiefen Bruchs, den der Krieg und die ersten Nachkriegsjahre in der Mitte des Kontinents hinterlassen haben. Aber auch wenn demnächst die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik zu Vollmitgliedern der Weltorganisation werden, so ist dies leider kein Zeichen dafür, daß dieser Bruch bereits geheilt und die Lage in Deutschland normal ist. Immerhin beweist es, daß wir auf allen Ebenen Gemeinsamkeiten suchen, um einen sterilen und gefährlichen Zustand in Europa zu beenden und durch solidarische, weltweite Bemühungen die Zukunft bestehen zu können.

Vielleicht hat unser verspäteter Eintritt in die Staatenverbindung auch sein Gutes. Wir haben an der euphorischen Gründungsphase nicht teilgehabt. Unsere Mitarbeit in den Vereinten Nationen ist nicht durch Illusionen belastet. Wir treten in diese Arena ein mit voller Bereitschaft zur Mitarbeit unter realistischer Einschätzung ihrer Möglichkeiten.

II

Und das sind bedeutende Möglichkeiten. Wir haben sie in jahrelanger aktiver Mitgliedschaft in den Sonderorganisationen, in tätiger Mitarbeit bei zahlreichen Organen und als Beobachter bei der UNO selbst kennengelernt, bei der uns die aktive Mitarbeit als Nichtmitglied versagt war. Die Bundesrepublik Deutschland ist also am East River kein Neuling.

Wer auf unsere Politik der Zusammenarbeit und Entspannung der letzten Jahre zurückblickt, der wird in unserem Beitritt zur Weltorganisation einen logischen und notwendigen Schritt erkennen. Er ergibt sich aus unserem Gesamtkonzept:

> Sicherung des Friedens durch Annäherung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West,

> Sicherung unserer Freiheit durch gemeinsames Handeln im Bündnis und in der Gemeinschaft der Neun,

> Sicherung der Zukunft durch ehrliche Solidarität mit der Dritten Welt.

Sie wissen, daß es nicht unser freier Wille war, der uns so viel länger als Österreich, Italien und Japan von den Vereinten Nationen fernhielt. Unsere Nichtmitgliedschaft in den zwei letzten Jahrzehnten war das Resultat der dem deutschen Volke aufgezwungenen Teilung. Das Scheitern der 1951 eingesetzten Kommission der Vereinten Nationen, die die Möglichkeit freier Wahlen in ganz Deutschland erkunden sollte, war bezeichnend für diese Situation der Spaltung und Konfrontation, die das deutsche Volk nicht gewollt hat.

Heute ist unser Beitritt nur möglich, wenn auch die DDR Zutritt zur Weltorganisation erhält. Deshalb bedeutet unser Beitritt jedoch keine völkerrechtliche Anerkennung der Teilung Deutschlands. Wir haben aller Welt, unseren Freunden im Westen, unseren Verhandlungspartnern im Osten und auch in der UNO selbst eindeutig klargemacht, daß die deutsche Frage offenbleibt und daß wir uns weiter zu unserem politischen Ziel der deutschen Einheit bekennen. Es ist aber nicht unsere Absicht, die DDR zu isolieren, sondern wir sind dafür, daß sie im Gegenteil so intensiv wie möglich am Austausch teilnimmt.

Wir werden bei unserer Mitarbeit in den Vereinten Nationen Berlin (West) mit Ausnahme von Angelegenheiten des Status und der Sicherheit ebenso vertreten wie sonst in der Welt. Wie wichtig für uns die Vertretung und Einbeziehung West-Berlins ist, hat der Besuch von Generalsekretär Breschnjew in Bonn gerade bewiesen. Wir haben mit ihm volles Einverständnis darüber festgestellt, daß das Berlin-Abkommen der Vier Mächte nicht nur strikt eingehalten, sondern auch in vollem Umfang angewandt werden soll.

Und ich meine, daß ein allgemeines sachliches Interesse an der Vertretung West-Berlins durch uns in der UNO besteht. Unsere intensive, mit der Umwelt verflochtene Volkswirtschaft schließt die Wirtschaft von West-Berlin ein. In unseren entwicklungs- und handelspolitischen Beziehungen zur Dritten Welt spielt die Berliner Wirtschaftskraft eine große und fruchtbare Rolle. Und schließlich wird niemand wollen, daß West-Berlin einen weißen Fleck in der Mitte Europas bildet, der vom Geltungsbereich der Charta ausgespart wird.

Sie wissen, daß zwischen uns und den Drei Mächten volles Einvernehmen über die Vertretung von Berlin (West) in den Vereinten Nationen besteht, soweit diese nicht die Sicherheit und den Status der Stadt berühren. Diese Auffassung steht im Einklang mit dem Viermächteabkommen über Berlin. Angesichts dieser klaren Rechtslage gehen wir davon aus, daß unser Eintritt mit der Einbeziehung von Berlin (West) unter den genannten Voraussetzungen erfolgen kann.

Wir sind, wie gesagt, im New Yorker Hauptquartier kein unbeschriebenes Blatt. Man wird uns nach unserem Beitritt keine Eingewöhnungs- und Schonzeit unter dem Motto ›Low profile‹ gönnen. Wir müssen deshalb schon jetzt unsere Rolle mit nüchterner Einschätzung unserer tatsächlichen Bedeutung und Position in der politischen Umwelt bestimmen. Unsere künftige Mitarbeit muß unseren weltweiten Verbindungen und Interessen gerecht werden. Dabei sind wir uns der Verantwortung wohl bewußt, die wir als ein bedeutender westlicher Industriestaat in der Welt tragen, nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet.

Natürlich werden wir unter den dann 134 Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen kein Einzelgänger sein. Man wird uns dort der Gruppe ›Western Europe and Others‹ zuteilen. Wobei wir nicht mit ›Others‹ gemeint sind. Viel wichtiger ist jedoch, daß wir zu der Gemeinschaft der Neun gehören. Diese Neun werden bestrebt sein, dem Willen Europas gemeinsam Gehör und Geltung zu verschaffen.

Das ist nicht Zukunftsmusik, die erst noch komponiert werden muß. Sondern ich spreche von einem regulären Abonnements-Konzert der Europasolisten. Dieses Ensemble probte zunächst als Sextett in der ›Expertenkommission in UNO-Fragen‹ der Westeuropäischen Union. Es verwandelte sich dann zu einem Nonett im Rahmen der politischen Zusammenarbeit der Neun.

Dieses Zusammenspiel resultiert in einer deutlichen Abstimmung der Haltung aller Beteiligten in den Vereinten Nationen. Und das konzertierte Handeln vor Ort am East River, in Genf und an anderen Orten, wo Gremien der Vereinten Nationen tagen, wirkt wiederum auf die allgemeine politische Zusammenarbeit in den Zentralen zurück. Das ist ein Rückkoppelungseffekt, der uns von der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa her vertraut ist. Es ist die besondere Eigenheit dieses Verstärker-Effekts, die Harmonie der beteiligten Stimmen herauszuheben, die Dissonanzen aber zu dämpfen.

Es versteht sich von selbst, daß wir in den Vereinten Nationen genauso um gute Koordination mit den anderen europäischen und anderen NATO-Partnern bemüht sein werden. Und ein unseren Mitteln und Möglichkeiten entsprechendes Engagement für die Interessen der Dritten Welt wird auch auf diesem Forum zur Geltung kommen.

Die Lebensfähigkeit unseres Landes ist sowohl im Bereich der Sicherheit wie im Bereich seiner arbeitsteiligen und exportintensiven Wirtschaft von der Außenwelt abhängig. Es ist daher für uns ein lebenswichtiges Anliegen, am Aufbau einer stabilen und friedlichen Weltordnung mitzuwirken, wie sie in Artikel 1 der Charta als Ziel der Vereinten Nationen festgelegt ist.

Die Möglichkeiten, die uns die Mitgliedschaft dafür eröffnet, betreffen natürlich nicht nur die Erhaltung und Sicherung des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Wir finden in New York vor allem ein Forum der Information, der Abstimmung und Zusammenarbeit in vielen praktischen Sachgebieten, die letztlich auch der Friedenspolitik zugutekommen.

Unser weltwirtschaftliches Interesse und unser entwicklungspolitisches Engagement werden die wirtschaftliche Zusammenarbeit im weitesten Sinne des Wortes zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit machen. Wir werden im Wirtschafts- und Finanzausschuß der Generalversammlung so wie bisher in der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) und der Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) mitreden müssen. Ebenso rüsten wir uns auf eine Mitarbeit im Haushaltsausschuß der Generalversammlung, wo ein breites Spektrum von UNO-Initiativen beeinflußt wird.

Zu den zentralen wirtschaftspolitischen Themen gehören auch die großen Rohstoffabkommen, die für die Volkswirtschaften der Dritten Welt von eminenter Bedeutung sind. Zu ihnen gehört ferner die Aushandlung eines Regimes für eine der wichtigsten Rohstoffquellen der Zukunft, den Meeresboden.

Gerade dieses Thema ist bezeichnend für die Bedeutung, die die Weltorganisation für die Auslotung und Regelung neuer Probleme der Völkergemeinschaft gewonnen hat. Die Lösungen, die nur in diesem universalen Rahmen erarbeitet werden können, weisen weit in die Zukunft.

Hierzu ein kurzer Blick auf den Stand der Dinge:

Die technologische Entwicklung der jüngsten Zeit hat auch die Tiefen und Untergründe der Meere erfaßt. Sie läßt deren wirtschaftliche Nutzung in einem Maße möglich erscheinen, das alle Erwartungen früherer Jahre übersteigt. Hieraus entstand die unabweisbare Forderung, die Besitz- und Nutzungsmöglichkeiten an Meeren und Meeresgrund völlig neu zu ordnen.

Diese Notwendigkeit ist bereits Ende der 60er Jahre erkannt und in den Vereinten Nationen zur Sprache gebracht worden. Die große Zahl der interessierten Staaten ließ die UNO als natürliches Forum für die Verhandlung einer derart weitreichenden und neuartigen Materie erscheinen. Die Vereinten Nationen haben seit 1968 zur Vorbereitung einer durchgreifenden Neuregelung den sog. Meeresboden-Ausschuß eingesetzt, der zur Zeit 96 Mitgliedstaaten umfaßt und zweimal jährlich tagt. Angesichts der gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Interessengegensätze, vor allem zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern, blieb eine Vielzahl von Fragen im Ausschuß ungelöst. Aber die Problematik ist durch die fortschreitende technische Entwicklung so dringend geworden, daß die letzte Generalversammlung der Vereinten Nationen ohne Rücksicht auf den Stand der Vorbereitungen im Meeresboden-Ausschuß eine Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen schon für November 1973 einberufen hat. Im Anschluß an diese sind weitere Hauptkonferenzen vorgesehen, deren Arbeit noch Jahre dauern wird.

Hier wird die gesamte Problematik der Besitz- und Nutzungsverhältnisse der Meere behandelt werden. Das sind so umfassende und umstrittene Themen wie die Rechtsverhältnisse der Küstenmeere, der Meerengen und des Festlandsockels, die Fischereirechte, die Ausbeutung des Meeresbodens, internationale Einrichtungen zur Nutzung des Meeresbodens und maritimer Umweltschutz. Unsere Interessen werden hier vielfältig berührt. Auf der einen Seite sind wir als ein Land mit wenig Küsten daran interessiert, die Freiheit der Meere soweit als möglich zu wahren. Auf der anderen Seite sind die Bundesrepublik Deutschland, Japan und die Vereinigten Staaten zur Zeit die drei einzigen Wirtschaftsmächte, deren Industrien Merresbergbau zu industriellen Zwecken in nächster Zeit betreiben können und werden.

Hiermit sind wir bereits tief im Völkerrecht. Wir wollen den Rechtsausschuß der Generalversammlung zu einem Schwerpunkt fundierter Mitarbeit machen. In seinem Auftrag hat die Kommission für Völkerrecht mit Kodifikationen und Rechtsschöpfung der Staatengemeinschaft wertvolle Dienste geleistet. Die Wiener Konventionen haben das Gesandtschafts-, Konsular- und Vertragsrecht in neue und präzisere Formen gebracht.

Ein Thema, das uns Deutsche im Rechtsbereich brennend interessiert, ist das der Menschenrechte. Wir haben die beiden Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen von 1966 – die internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und

kulturelle Rechte und diejenige über bürgerliche und politische Rechte – schon 1968 unterzeichnet. Das Ratifizierungsverfahren ist bei uns im Gange. Aus bloßen Empfehlungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte werden in diesen Verträgen konkrete Verpflichtungen für die Unterzeichnerstaaten, sobald diese Bestimmungen mit der 35. Ratifikation in Kraft treten können.

Nunmehr hat auch die DDR die beiden Menschenrechtspakte unterzeichnet. Ich verhehle Ihnen nicht, meine Damen und Herren, daß ich darin ein Zeichen der Hoffnung sehe.

Von dieser Unterschrift bis zur Ratifikation ist noch ein Stück Weges, und von dort zur Verwirklichung der Menschenrechte in Deutschland eine weite Strecke zurückzulegen. Das wissen wir alle. Vor allem fordert jede Hinarbeit auf dieses Ziel in den Vereinten Nationen große Verantwortung aller Beteiligten. Und schließlich sollten wir uns nicht verhehlen, daß unsere Auffassung individueller Menschenrechte für viele Länder der Dritten Welt nicht im Vordergrund steht. Aber ich stelle doch in aller Nüchternheit fest, daß diese Rechte auf der Tagesordnung stehen und daß die politische Entwicklung besonders hier in Europa auf die Dauer mit einer eklatanten Mißachtung individueller und kollektiver Menschenrechte nicht zu vereinbaren ist.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen hier kein Bild unserer künftigen Rolle in den Vereinten Nationen in rosa Farben entwerfen. Die Wirklichkeit ist kontrastreich, und die Arbeit unserer Delegation am East River keine Idylle.

Zu diesem wirklichen Bild gehört, daß der Ost-West-Konflikt auf der Bühne der UNO mehr in den Hintergrund rückt und daß die Spannungen zwischen Nord und Süd dafür die Szene beherrschen. Das heißt in der Praxis, daß die Länder der Dritten Welt, die in der Generalversammlung über mehr als zwei Drittel der Stimmen verfügen, in zunehmender Geschlossenheit Forderungen an uns, die Industriestaaten des Westens, erheben.

Zu diesem Bild gehört, daß zwei Drittel der politisch wichtigen Resolutionen der letzten Generalversammlung gegen den Willen unseres stärksten Freundes und Verbündeten, der Vereinigten Staaten, verabschiedet wurden. Die Nord-Süd-Polarisierung ist auf der Welthandelskonferenz des vergangenen Jahres in Santiago auch für die deutsche Öffentlichkeit sichtbar geworden.

Diese Formierung der Entwicklungsländer richtet sich zwar wie gesagt vor allem gegen die westlichen Demokratien. Aber alles Propagandageschick der Sowjetunion hat doch die Länder der Dritten Welt nicht von der Vorstellung abbringen können, daß auch sie ein hochgerüsteter Industriestaat ist, der sich auf der nördlichen gemäßigten Zone befindet. So hat auch die Sowjetunion einen deutlichen Einflußverlust bei vielen afro-asiatischen Staaten hinnehmen müssen.

Es erfordert Takt und Geschick, unter diesen Voraussetzungen eine konstruktive Rolle zu spielen. Wir werden darauf bedacht sein, das Verhältnis zwischen Nord und Süd durch praktische Kooperation zu verbessern und zu versachlichen und die gemäßigten Kräfte durch eine Politik der Hilfsbereitschaft und der Verständigung zu ermutigen. Es wird viel Anstrengung und Geduld erfordern, unsere Positionen verständlich zu machen und das moralische Kapital zu wahren, das unsere auswärtige Politik und auch unsere Entwicklungshilfe uns in den letzten Jahren eingebracht haben.

Es versteht sich von selbst, daß wir mit unseren Partnern der Europäischen Gemeinschaft und des Nordatlantischen Bündnisses auch *vor* den Kulissen der Generalversammlung und öffentlich tagender Gremien zusammenstehen. Dieser Zusammenhalt nimmt vor anderen bilateralen Rücksichten Vorrang ein. Die Tatsache, daß die Großwetterlage der UNO von nord-südlichen Klimafronten beherrscht wird, ändert nichts an den festen Strukturen, die das ost-westliche Gleichgewicht in Europa bestimmen. Mit der Vollmitgliedschaft werden wir oft Stellung zu Streitfragen nehmen müssen, was unbequem sein kann und uns nichts einbringt.

Auch die Vertretung konkreter eigener Interessen kann Belastungen mit sich bringen, die früher vielleicht vermeidbar waren. Kein Finassieren bringt uns an der Notwendigkeit vorbei, die eigenen Ziele und Interessen deutlich zu definieren und zu vertreten.

Bundesaußenminister Walter Scheel spricht über die Situation, mit der die Bundesrepublik Deutschland nach ihrer für den 18. September zu erwartenden Aufnahme in die Vereinten Nationen zu rechnen hat. Das Bild zeigt den Minister bei seinen Ausführungen im Festsaal der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München vor der großen Hörerschaft, die der Einladung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen gefolgt war. (Text der Rede Seite 101 ff.)

III

Meine Damen und Herren, Sie von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und wir Politiker haben noch immer die Pflicht, unsere Mitbürger mit Sinn und Funktion der Weltorganisation vertraut zu machen. Wir müssen Sorge tragen, daß unsere Mitarbeit in New York in der deutschen Öffentlichkeit weder mit ungerechtfertigten Erwartungen belastet, noch mit Gleichgültigkeit bestraft wird. Ich glaube, daß Ihre Vereinigung hier hervorragende politische Aufklärungsarbeit zum gemeinsamen Nutzen geleistet hat. Sie haben mitgeholfen, den innenpolitischen Weg zum Beitritt zu ebnen.

Es ist heute für niemanden ein Geheimnis, daß die Welt nicht durch die UNO in ihrer heutigen Form regiert werden soll und kann und daß der Sicherheitsrat nicht zur Beilegung fundamentaler Interessenkonflikte zwischen Großmächten geeignet ist.

Die Vereinten Nationen können in der Welt von heute – jedenfalls zwischen großen und mittleren Mächten – kaum als das wirksamste Instrument der Friedenssicherung gelten. In diesem Bereich gehen entscheidende Ereignisse und Entwicklungen an ihnen vorbei, die im Brennpunkt unseres Interesses stehen: Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Begrenzung von Nuklearwaffen und die Wiener Truppengespräche.

Wir haben dafür die Möglichkeiten der UNO zur Vermittlung und Schlichtung schätzen gelernt. Die Staatengemeinschaft ist heute eine recht unübersichtliche Familie volljähriger Völker, in der es kein Mündel und keine Erziehungsberechtigten gibt. Dennoch ist sie auf vielen Gebieten dazu verurteilt, zu gemeinsamem Willen und Handeln zu finden. Diese Familie hat sich in New York ein Sprech- und Gesellschaftszimmer eingerichtet, das unersetzlich geworden ist.

Hier sind nahezu alle vertreten und zum politischen Gespräch bereit. Hier bietet sich eine unvergleichliche Fülle von Kontaktmöglichkeiten und Anreizen zum politischen Austausch. Hier werden frühzeitig Wandlungen von Meinungen und Interessen erkennbar, die sich erst sehr viel später in der konkreten Politik von Einzelstaaten und regionalen Gruppen verwirklichen.

Die vielfältigen Einrichtungen der UNO sind sicher nicht einfach zu handhaben, aber vielseitig zu nutzen. Als hervorragendes Instrument zur Früherkennung von Krisen liefert sie unersetzliche Hinweise zur Vorbeugung gefährlicher Weiterungen und für die Therapie. Es versteht sich von selbst, daß diese Vorgänge nicht unbedingt auf der großen Bühne von Generalversammlung und Sicherheitsrat spielen müssen.

Es hieße, die Rolle und Möglichkeiten der UNO völlig verkennen, wenn wir ihre großen Potenzen der Konfliktvorbeugung und -bereinigung geringschätzen wollten, nur weil diese nicht für alle Konflikte gleichmäßig geeignet und wirksam sind.

Der Wert umfassender Unterrichtung, wie sie uns die Vereinten Nationen erlauben, ist gar nicht zu überschätzen. Die großen technischen Fortschritte in der Nachrichten*übermittlung* und die Flut der verfügbaren Nachrichten*masse* bedeuten ja nicht, daß wir auf die unmittelbare Ausschöpfung politischer Nachrichten*quellen* verzichten dürfen. Nach wie vor kann die Ermittlung zutreffender politischer Informationen unser politisches Schicksal verändern. Erinnern Sie sich an die Ursprünge der Kriege in Korea und Vietnam: Beide stellen sich mit den heute verfügbaren Einsichten anders dar als seinerzeit, als ihr Ausbruch konkrete politische Maßnahmen erforderte. Umfassende und durchdringende Information ist das Blut, von dem in der Politik Bewegung und Wille gespeist werden müssen. Das gilt für die große Weltpolitik, das gilt für das kleine, aber oft kostspielige Detail der außenpolitischen Tagesarbeit.

Für beides ist Raum in den Vereinten Nationen - in besonderem Maße natürlich in der drei Monate dauernden Generalversammlung. Am Rande der Generalversammlungen der vergangenen Jahre habe ich bereits als Außenminister eines Nichtmitgliedstaates in Gesprächen und Verhandlungen mit jeweils 30 oder mehr Kollegen anderer Länder innerhalb einer Woche so viel Informationen erhalten und geben können, daß ich auf die Besuche in New York schon aus diesem Grunde gar nicht verzichten konnte. Der unmittelbare Kontakt - auch mit den Ministerkollegen jener Länder, denen wir geographisch oder politisch nicht besonders nahe stehen - ergab vielseitige und wertvolle Aufschlüsse.

Für mich als Außenminister eines Mitgliedstaates wird sich der Nutzen eines solchen unmittelbaren Gedankenaustausches naturgemäß noch erhöhen. Ich möchte daher betonen: nicht nur die Vereinten Nationen brauchen das neue Mitglied Bundesrepublik Deutschland - und nicht nur, wie einige in einer sehr hämischen Weise gesagt haben, aus finanziellen Gründen -, sondern auch wir haben ein echtes Interesse an unserer Mitgliedschaft.

Bisher haben wir uns mit einer Beobachterrolle begnügt. Nach der von uns für die dritte Septemberwoche erwarteten Abstimmung über unsere Aufnahme wird der Delegationsleiter der Bundesrepublik Deutschland dann die Metamorphose vom stillen Zuhörer und Beobachter zum Vertreter eines Mitgliedstaates mit Sitz und Stimme im Plenum durchmachen. Äußerlich wird dies dadurch geschehen, daß der Protokollchef nach der Erklärung des Präsidenten über die beschlossene Aufnahme uns unsere neuen Plätze nach der alphabetischen Reihenfolge zuweist, und wir werden dann vom Präsidenten und vermutlich von Delegierten anderer Mitgliedstaaten begrüßt werden. Da wir unter ›Germany, Federal Republic of‹ und die DDR unter ›German Democratic Republic‹ bei den Vereinten Nationen geführt werden, werde ich meine Antrittsrede wahrscheinlich erst nach dem Vertreter der DDR halten. Neben dieser Antrittsrede kann dann unsere Delegation nochmals während der sog. Generaldebatte, d. h. während der ersten drei Wochen der Generalversammlung, das Wort ergreifen.

Meine Damen und Herren, wir rechnen als Vollmitglied in den Vereinten Nationen auf einen Gewinn an wertvollen Verbindungen und Informationen. Wir denken uns unsere Rolle am East River jedoch nicht als stille Teilhaberschaft oder als zahlende Mitgliedschaft ohne Stimmrecht. Das Profil, das die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer bisherigen Außenpolitik gewonnen hat, kann sie in den Vereinten Nationen nicht verleugnen. Das wird uns zuweilen auch Widerspruch und Mißstimmung einbringen. Unsere Stimme wird deshalb nicht an Gewicht verlieren.

Wir werden uns daran gewöhnen müssen, daß wir nicht jedermanns Busenfreund sein können und daß eine Abstimmungsniederlage noch keine Katastrophe zu sein braucht. Die außenpolitische Überempfindlichkeit, die in der Folge des Weltkrieges für uns und uns gegenüber verständlich war, wird durch normalere Reaktionsweisen im Ausland und auch im Inland abgelöst werden müssen. Ich meine, unsere außenpolitische Epidermis darf manchmal ruhig ein bißchen dicker werden.

Wenn wir unseren UNO-Kurs in konkreten Sachfragen festlegen müssen, so soll es nicht fehlen an solidarischer Leistungsbereitschaft und kritischem Mut zur Entscheidung. Die zur Lösung andrängenden Fragen können die Staatengemeinschaft einen - sie können sie aber auch unheilbar entzweien. Das bestimmt unsere Verantwortung und unser Interesse an dieser Mitarbeit. Ein Vierteljahrhundert europäischer Einigung mit ihren großen Erfolgen, ihren Verzögerungen und Illusionen liegt hinter uns. Diese Erfahrung wird unseren Mut und unseren Realismus stärken, um unseren großen Aufgaben in den Vereinten Nationen gerecht zu werden.